

# Wünsch dir was

**GESELLSCHAFT** Was soll das Zukunftszentrum in Halle ab 2028 inhaltlich bieten? Politiker und Wissenschaftler sind ratlos, zeigt eine Tagung in Berlin.

VON CHRISTIAN EGER

**BERLIN/MZ** - Es ist das Haus mit dem schwer aussprechbaren Namen: Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Ein Titel, wie liebevoll aus Büroklammern gebogen. Dass das Zentrum bis 2028 in Halle entstehen soll, steht fest. Dass es frühestens von 2025 an gebaut werden kann, auch. Hingegen, was da inhaltlich gestaltet werden soll, kann noch niemand sagen. Wofür gebaut werden soll, also auch nicht. Das gibt es nicht alle Tage: Ein Haus wird gebaut, dessen Nutzung völlig offen ist?

Die Frage nach der Nutzung ist nicht die einzige offene Frage, die um den politischen Prestigebau kreist, den sich der Bund 200 Millionen Euro kosten lassen wird und der in Halle am Riebeckplatz zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt entstehen soll. Nicht nur für die zivile Öffentlichkeit, sondern offenbar auch für die Politik ist das Projekt ein einziger Reigen von Fragezeichen: Was soll da wem womit geboten werden? Für 42 Millionen Euro Betriebs- und Personalkosten im Jahr?

## Bloß kein Museum!

Es ist das Verdienst der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, diese Fragen nach der Wettbewerbs-Entscheidung für Halle erstmals öffentlich in die breite Gesellschaft hinein zu führen. Am Dienstagabend lud die Stiftung in ihren Berliner Sitz zur Diskussion. Ein schlankes Setting: ein Vortrag, zwei Podiumsdiskussionen, Publikumsfragen.

Obwohl angefragt, ist der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), nicht erschienen, der Mann, bei dem im Bundeskanzleramt alle Fäden zusammenlaufen. Ein Umstand, der dem sachsen-anhaltischen Staatskanzlei-Chef und Kulturminister, Rainer Robra (CDU), die undankbare Rolle zuweist, als einzige politisch-administrative Stimme in Sachen Zukunftszentrum Auskunft geben zu müssen, über das er – wie er zugibt – selbst nicht völlig hinreichend im Bilde sei.

Aber doch genug, um an dieser Stelle einige Fakten zu liefern. Insgesamt 150 feste und 50 freie Mitarbeiter sollen im Zukunftszentrum tätig sein. Eine Professur ist vorgesehen, die vor Ort zur Verfügung gestellt werden muss. Die Ausschreibung eines internationalen Architektenwettbewerbs steht unmittelbar bevor. Im Herbst 2024 sollen die Ergebnisse vorliegen. Während der Bauphase soll ein Team von elf Personen in Halle tätig sein. Die Gründung einer Trägergesellschaft, wahrscheinlich einer gGmbH, ist vorgesehen, die spätestens im Januar 2024 stehen soll. Aber, sagt Rainer Robra, das Ziel, jährlich 200.000 Besucher anzulocken – gewünscht waren ursprünglich: eine Million –, „steht und fällt mit der inhaltlichen Struktur“.

Und genau die fehlt noch immer. Gewünscht wird, wie der Bürgerrechtler und ehemalige Bundestagsabgeordnete Günter Nooke (CDU) in seinem Eingangsvortrag sagt, die berühmte „Eier legende Wollmilchsau“. Das alles soll das Zentrum in Halle sein: Forschungsstätte und Ausstellungsquartier, politischer Akteur und Berater, ein Ort der Besinnung und des Entertainments.

Von allem etwas, aber wiederum nicht für alle, wie die Diskus-



Es wird viel passieren: Künftiger Standort des Zukunftszentrums am Riebeck-Platz in Halle

FOTO: DPA



„Etwas, das hinter verschlossenen Türen entsteht, das wird nichts!“

**Ilko-Sascha Kowalczyk**

Historiker

FOTO: EKKO VON SCHWICHOW

sion zeigt. Die Stasi-Beauftragte des Landes Brandenburg, Maria Nooke, ist „total dagegen“, ein Museum einzurichten mit einer eigenen Sammlung samt Depot, denn das gebe es schon in Leipzig. Dass das ganze Unternehmen offenbar in die Richtung eines Wissenschaftszentrums läuft, lehnt sie ab: „Das brauchen wir nicht“.

## „Unglaublich akademisch“

Das ist ein Statement, das mehrheitsfähig ist. Knut Abraham (CDU), Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Gesandter an der deutschen Botschaft in Warschau, erklärt, dass ihm völlig unklar sei, ob der Bau in Halle „ein Eliten-Projekt, ein akademisches oder gesellschaftliches Projekt“ sei. Ihm komme das alles „unglaublich akademisch“ vor. Es gebe unter Politikern auch überhaupt kein Interesse an irgendeiner Politikberatung, wie sie von manchem künftig von Halle aus erwartet werde. Konsensfähig ist nur das: Das Zentrum soll als ein Ereignisort locken. Als ein Ort, an dem man sich gerne aufhält.

Ein Aufenthalt, um was zu erleben? Als Projekt-Impuls diene das Solidarnosc-Zentrum in Danzig, genannt „Europäisches Zen-



„So kann das Zentrum nicht heißen, weil es absolut akademisch ist.“

**Dirk Oschmann**

Literaturwissenschaftler

FOTO: DPA

trum der Solidarität“. Aber Halle ist nicht Danzig. Und die inhaltliche Gestaltung verharrt auf dem Level Wünsch dir was.

Maria Nooke wünscht sich den Anschluss an das mittlere und östliche Europa. Hildigund Neubert, Vize-Chefin der Adenauer-Stiftung, ein Haus der Begegnung, eine Art ziviles Centre Pompidou, das mit Kunst und Musik seine Gäste „stärkt“, so wie die Revolution die Menschen gestärkt habe.

Bei so viel offenen Fragen: Warum gibt es das Haus überhaupt? Sie habe das Gefühl, sagt Neubert, dass nach der Abschaffung der Gauck-Behörde „etwas fehlte“. Ein institutioneller „Phantom-schmerz“ musste geheilt werden.

„Das Grundproblem des Zentrums ist, dass es bisher nicht öffentlich diskutiert wurde“, sagt der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk („Die Übernahme“), der Mitglied in jener Kommission war, die die Gründung des Zentrums als Empfehlung an die Bundesregierung gab.

Was nicht heißt, dass er damit zufrieden sei. Er verstehe die Politik nicht, sagt Kowalczyk. „Etwas, das hinter verschlossenen Türen entsteht, das wird nichts!“ Warum das hier so sei? „Es ist ein Pro-

blem von Angst“, meint der Historiker. Der Angst, Macht abgeben zu müssen. Der Angst, mit den falschen Leuten zu reden. Der Angst, politisch gesicherte Pfründe zu gefährden. Er begreife es zum Beispiel als unhaltbar, dass es für das Zentrum keinen Gründungsdirektor gebe, für den er wie nebenbei Thomas Krüger ins Spiel bringt, den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung.

## Hallesche „Einheitserbse“

Ein Frontalangriff, den Rainer Robra abzuwehren versucht, indem er vom „partizipativen Akt der Bewerbungen“ spricht, die „nicht im luftleeren Raum“ stattgefunden hätten. Programmgeschäftsführer-Stellen würden noch ausgeschrieben, dazu brauche es kein öffentliches „Getöse“. Kowalczyk widerspricht. Es sei nicht relevant, was einzelne Städte sagen. „Ein öffentlicher Diskurs sieht anders aus.“ Es sei auch nicht alternativlos, einen Architektenwettbewerb auszuloben, ohne zu wissen, was in den Bau rein soll.

Den Leipziger Literaturwissenschaftler und Bestsellerautor Dirk Oschmann („Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“) hingegen treibt die Frage um, wie man überhaupt „den Westen“ interessieren könnte, nach Halle zu fahren? Und nicht: zu zwingen. Denn seine Erfahrung sei das: Der Westen interessiere sich nicht für den Osten, den er nur als „Nebengeräusch“ wahrnehme.

Das Konzept des Hauses ist Oschmann „völlig rätselhaft“. Den Namen des Zentrums lehnt er ab: „So kann es nicht heißen, weil es absolut akademisch ist“. Da müsse etwas „absolut Griffiges“ her. Aber was? Das Volk werde ohnehin schnell einen eigenen Namen prägen, sagt Knut Abraham. Vielleicht „Einheitserbse“, sagt er.

Halle auf der Erbse? Das kann die Stadt nicht wollen. Da wäre sogar eine umgangssprachliche Abkürzung des langen Titels besser. Wie wäre es statt Zukunftszentrum mit „Zuz“? Oder besser: „Zuk“? Denn ein „Zazie“ gibt es in Halle schon. **► Kommentar Seite 8**